



Thomas Sliwka
Ausschussvorsitzender

Bruchköbel, 15.02.2021

Niederschrift

Gremium	Haupt - und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	2/2021
Datum	Dienstag, den 09.02.2021
Sitzungsdauer	19:00 Uhr bis 21:45 Uhr
Ort	Bürgerhaus Bruchköbel, Jahnstr. 3, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Vorsitz:

Ausschussvorsitzender Sliwka, Thomas (CDU)

Anwesende:

stellv. Ausschussvorsitzende Pauly, Monika (SPD)
Ausschussmitglied Baier, Patrick (BBB)
Ausschussmitglied Blum, Oliver (GRÜNE)
Ausschussmitglied Broschowsky, Klaus Dieter (CDU)
Ausschussmitglied Kitzmann, Alexander (CDU)
Ausschussmitglied Ließmann, Peter (SPD)
Ausschussmitglied Ochs, Reiner (CDU)
Ausschussmitglied Ringel, Uwe (GRÜNE)
Ausschussmitglied Dr. Wingefeld, Volker (FDP)
Ausschussmitglied Zeitler, Nicholas (CDU)
Ausschussmitglied Zorbach, Stefanie (BBB)

i. Vertretung für Herrn Zeitler bis 20:22 Uhr

Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)
Stadtverordneter Clauß, Christian (BBB)
Stadtverordneter Hormel, Harald (BBB)
Stadtverordnete Lauterbach, Katja (FDP)
Stadtverordneter Rabold, Alexander (BBB)
Stadtverordneter Spachovsky, Ralf (CDU)
Stadtverordneter Villnow, Andreas (FDP)

Magistrat:

Bürgermeisterin Braun, Sylvia (FDP)
Erste Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)
Stadtrat Jessl, Edwin (GRÜNE)
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)
Stadtrat von Wittich, Perry (SPD)

Verwaltung:

Frau Adelman, Eva

Schriftführer:

Schriftführer Brede, Jens

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2021
2. Antrag CDU-Fraktion: (DS-7/2021)
Maßnahmen zur HH-Konsolidierung 2021 und Folgejahre
3. Antrag BBB-Fraktion: (DS-8/2021)
Haushaltsantrag Nr. 1: Realistische Folgekosten für Stadthaus und Tiefgarage ausweisen
4. Antrag BBB-Fraktion: (DS-9/2021)
Haushaltsantrag Nr. 2: Aufhebung der Müllmengenbegrenzung am Bauhof
5. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-10/2021)
Haushaltsantrag Nr. 3: Energetische Sanierung verschieben
6. Antrag BBB-Fraktion: (DS-11/2021)
Haushaltsantrag Nr. 4: Radweg Bruchköbel-Roßdorf erst im Jahr 2024
7. Antrag BBB-Fraktion: (DS-12/2021)
Haushaltsantrag Nr. 5: Straßenbeleuchtung Radweg Bruchköbel-Roßdorf
8. Antrag BBB-Fraktion: (DS-13/2021)
Haushaltsantrag Nr. 6: Kürzung der Verfügungsmittel um 13.000 €
9. Antrag BBB-Fraktion: (DS-14/2021)
Haushaltsantrag Nr. 7: Sichere Bürgersteige in Bruchköbel
10. Antrag SPD-Fraktion: (DS-15/2021)
Verkehrsentwicklungsplan
11. Antrag SPD-Fraktion: (DS-16/2021)
Finanzielle Ausstattung des Ausländerbeirats
12. Antrag SPD-Fraktion: (DS-17/2021)
Schaffung einer Vollzeitstelle im städtischen Bauamt
13. Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2021 der wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel (DS-194/2020)
14. Wirtschaftsplan 2021 der Sozialen Dienste (DS-172/2020)
15. Änderungen zum Haushaltsentwurf 2021 (DS-5/2021)
16. Stellenplan der Verwaltung für 2021 (DS-243/2020)
17. Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2020 bis 2024 (DS-244/2020)
18. Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2020 bis 2024 (DS-245/2020)
19. Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2021 bis 2024 (DS-246/2020)

21. Verschiedenes

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2021
----	---

Gegen die Richtigkeit der Niederschrift vom 19.01.2021 haben sich keine Einwendungen ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

TOP 2.	DS-7/2021	Antrag CDU-Fraktion: Maßnahmen zur HH-Konsolidierung 2021 und Folgejahre
--------	-----------	---

Der Ausschussvorsitzende Sliwka spricht im Sinne des Änderungsantrages vom 09.02.2021 zur Vorlage. Die Bürgermeisterin ergänzt zu Punkt 1, dass die Information der Nachbesetzungen von unterjährig vakant gewordenen Stellen mit dem Quartalsbericht über den Haushaltsvollzug erfolgen soll. Bei Punkt 2 sind wohl 30.000 € zu kürzen eher machbar und nicht 50.000 €, da ja im Vorfeld bei der Haushaltsplanaufstellung auch schon Mittel eingespart wurden.

Der Stadtverordnete Ringel erkennt bei den Punkten 1 und 3 keine Haushaltsrelevanz. Bei Punkt 2 schließt er sich eher den Ausführungen der Bürgermeisterin an, würden aber trotzdem den Antrag unterstützen. Der Stadtverordnete Rabold findet es gut, dass hier endlich Anträge von der CDU-Fraktion bzgl. den Konsolidierungszielen gestellt werden und hält diese daher für richtig und geboten.

Die Stadtverordneten Ließmann und Lauterbach beteiligten sich ebenfalls an der Diskussion zu den einzelnen Punkten.

Im Einvernehmen erfolgt die Abstimmung getrennt nach den einzelnen Punkten.

Abstimmung zu Punkt 1 des Änderungsantrages mit der Ergänzung „die Information der Nachbesetzung von unterjährig vakant gewordenen Stellen erfolgt mit dem Quartalsbericht über den Haushaltsvollzug“: mit 7 Ja Stimmen (CDU, FDP und BBB) und 4 Nein Stimmen (SPD und GRÜNE) zur Annahme empfohlen

Abstimmung zu Punkt 2 des Änderungsantrages: mit 9 Ja Stimmen (CDU, FDP, BBB und GRÜNE) und 2 Nein Stimmen (SPD) zur Annahme empfohlen

Abstimmung zu Punkt 3 des Änderungsantrages: mit 7 Ja Stimmen (CDU, FDP und BBB), 2 Nein Stimmen (je eine Stimme SPD und GRÜNE) und 2 Enthaltungen (je eine Stimme SPD und GRÜNE) zur Annahme empfohlen

TOP 3.	DS-8/2021	Antrag BBB-Fraktion: Haushaltsantrag Nr. 1: Realistische Folgekosten für Stadthaus und Tiefgarage ausweisen
--------	-----------	--

Der Stadtverordnete Baier spricht im Sinne des BBB-Antrages.

Die Bürgermeisterin spricht sich für die Nutzungsdauer von 60 Jahren aus. Die Stadtverordneten Blum, Lauterbach, Rabold und Zorbach führen eine rege Diskussion über die Vor- und Nachteile einer kürzeren Nutzungsdauer.

Abstimmung: bei 2 Ja Stimmen (BBB) und 9 Nein Stimmen (CDU, SPD, FDP, GRÜNE) zur Ablehnung empfohlen

TOP 4.	DS-9/2021	Antrag BBB-Fraktion: Haushaltsantrag Nr. 2: Aufhebung der Müllmengenbegrenzung am Bauhof
--------	-----------	---

Der Stadtverordnete Baier spricht im Sinne des Änderungsantrages vom 09.02.2021 zur Vorlage. Hier sollen noch folgende Änderungen vorgenommen werden:

- Punkt 1 letzter Satz: hier soll das Wort Restmüll durch das Wort Müll ersetzt werden.
- Punkt 1 wird ergänzt um „Auch die Anlieferung von Müll der auf Grund geänderter gesetzlichen Bestimmungen mittlerweile wieder als Sperrmüll, Bauschutt oder Holzabfall angenommen wird soll wieder möglich sein.“

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass Restmüll kein Wertstoff ist und somit nicht auf den Wertstoffhof gehört. Es wird eine neue Kalkulation der Abfallgebühren erfolgen und in dem Zuge sollten die Sachverhalte geprüft werden. Der Stadtverordnete Ringel sieht die Kommune im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Aber dies muss ausgiebig im Ausschuss beraten werden. Daher sollte der Antrag im Ausschuss belassen werden. Die Stadtverordnete Lauterbach möchte auch gerne erst eine Gebührenkalkulation sehen, bevor hier eine Entscheidung getroffen wird. Der Stadtverordnete Rabold stellt nochmals klar, dass es sich hier um eine Aufforderung an den Magistrat handelt, eine Änderungssatzung vorzulegen. Da es sich um einen Haushaltsantrag handelt, kann dieser auch nicht einfach im Ausschuss belassen werden. Der Stadtverordnete Ließmann erläutert, dass es sich hier nicht um einen Haushaltsantrag handelt.

Der Stadtverordnete Ochs stellt den Antrag den Vorgang im Ausschuss zu belassen.

Abstimmung: mit 9 Ja Stimmen (CDU, SPD, FDP, GRÜNE) und 2 Nein Stimmen (BBB) verbleibt die Vorlage im Ausschuss

TOP 5.	DS-10/2021	Antrag der BBB-Fraktion: Haushaltsantrag Nr. 3: Energetische Sanierung verschieben
--------	------------	---

Abstimmung: bei 7 Ja Stimmen (CDU, FDP, BBB) und 4 Nein Stimmen (SPD und GRÜNE) zur Annahme empfohlen

Im allgemeinen Einvernehmen ruft der Vorsitzende die Tagesordnungspunkte 6 + 7 gemeinsam auf.

TOP 6.	DS-11/2021	Antrag BBB-Fraktion: Haushaltsantrag Nr. 4: Radweg Bruchköbel-Roßdorf erst im Jahr 2024
TOP 7.	DS-12/2021	Antrag BBB-Fraktion: Haushaltsantrag Nr. 5: Straßenbeleuchtung Radweg Bruchköbel-Roßdorf

Der Stadtverordnete Ringel spricht sich gegen den Antrag aus. Der Stadtverordnete Ließmann betont hier die grundsätzliche Zuständigkeit von Hessen-Mobil und nur ein kleiner Teil die Stadt Bruchköbel betrifft. Im Jahr 2021 wird hier sicherlich nichts geschehen bei Hessen-Mobil. Aber man sollte Mittel vorhalten oder nur um ein Jahr verschieben, wenn es im Jahr 2022 oder 2023 spruchreif wird. Aber eine Verschiebung ins Jahr 2024 wäre schädlich, wenn Hessen-Mobil vorher die Maßnahme umsetzen will. Die Bürgermeisterin erwähnt, dass der MKK ein Radwegekonzept vorlegen will und die einzelnen Kommunen daran beteiligt werden. Das Radwegekonzept von Bruchköbel wird dann auf den Prüfstand gestellt. Der Stadtverordnete Rabold empfiehlt durch Zustimmung des Antrages, hier eine Entspannung im Investitionsprogramm zu erzielen. Sollte sich zum Haushaltsplanentwurf 2022 eine neue Sicht ergeben, könne man es dann immer noch einplanen.

Abstimmung: bei 7 Ja Stimmen (CDU, FDP, BBB) und 4 Nein Stimmen (SPD und GRÜNE) zur Annahme empfohlen

TOP 8.	DS-13/2021	Antrag BBB-Fraktion: Haushaltsantrag Nr. 6: Kürzung der Verfügungsmittel um 13.000 €
--------	------------	---

Die Stadtverordnete Zorbach spricht im Sinne der Vorlage.

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass die Verwaltung mit der Änderung der Verwaltung schon diverse Einsparungen vorgenommen hat und spricht sich für das Beibehalten des Budgets aus.

Abstimmung: mit 2 Ja Stimmen (BBB) und 9 Nein Stimmen (CDU, SPD, FDP, GRÜNE) zur Ablehnung empfohlen

TOP 9.	DS-14/2021	Antrag BBB-Fraktion: Haushaltsantrag Nr. 7: Sichere Bürgersteige in Bruchköbel
--------	------------	---

Die Bürgermeisterin berichtet, dass in der Vergangenheit zwei Sanierungen mit insgesamt 55.000 € erfolgten. Grundsätzlich ist das Produkt mit rund 400.000 € deckungsfähig und kann je nach Bedarf für Straßen oder Bürgersteige verwendet werden. Der Stadtverordnete Ließmann meint, dass es immer Bedarf in diesem Bereich gibt. Es gibt doch eine Prioritätenliste. Eine Ansatzserhöhung von 200.000 € ist aufgrund der Haushaltslage eigentlich nicht möglich. Eine kleine Erhöhung würde die SPD-Fraktion mittragen.

Der Stadtverordnete Ochs ist der Meinung, dass 400.000 € im Haushaltsansatz auskömmlich sind. Die Fachleute in der Verwaltung sind zu diesem Ansatz gekommen und demnach sollte es auch so belassen werden. Der Stadtverordnete Rabold stellt klar, dass es wichtig ist Geld in die Hand zu nehmen, um den Substanzerhalt der Straßen und Gehwege zu gewährleisten. Die Bürgermeisterin erläutert, dass es aufgrund der Witterungsverhältnisse massive Schlaglöcher gibt und dort gehandelt werden muss. Man sollte die Flexibilisierung zwischen der Sanierung der Gehwege und Straßen so belassen. Wenn die Stadtverordneten es für so wichtig erachten, sollte das Budget erhöht werden. Der Stadtverordnete Ringel erläutert, dass es keinen Sinn macht die Mittel in einem Produkt zwischen der Straßensanierung und der Gehwegsanierung hin und her zu schieben und sagt das der BBB Antrag, sich mit den Äußerungen des Stadtverordneten Rabold nicht decken würden. Der Stadtverordnete Rabold erläutert nochmal, dass es sich bei dem Antrag nicht um eine Verschiebung handeln sollte, sondern der Ansatz der Gehwegsanierung soll von 45.000 € auf 200.000 € erhöht werden. Wenn es hier nur um den Erhöhungsbetrag geht, könnte man sich auch darauf einigen, dass der Ansatz nur um 55.000 € erhöht wird.

Der Stadtverordnete Ringel stellt den Änderungsantrag das Budget um 55.000 € für die Sanierung der Bürgersteige zu erhöhen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: einstimmig zur Annahme empfohlen

TOP 10.	DS-15/2021	Antrag SPD-Fraktion: Verkehrsentwicklungsplan
---------	------------	--

Der Stadtverordnete Ließmann spricht im Sinne der Vorlage.

Die Bürgermeisterin unterstützt grundsätzlich solche Anträge, aber es erscheint während des Innenstadumbaus als wenig sinnvoll. Es wird allerdings betont, dass dies die Konsequenz aus dem letzten Antrag ist, der ja auch von den meisten Parteien angenommen wurde und dafür werden nunmehr Mittel benötigt. Der Stadtverordnete Blum äußerte, dass es für einen Verkehrsentwicklungsplan zu früh ist. Es sollte ein Mobilitätskonzept erarbeitet werden. Dafür sollte ein kleiner Geldbetrag zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtverordnete Lauterbach meinte, dass sich im Laufe des Jahres 2021, durch den Bau der Tiefgarage und des Rewe, die Notwendigkeit ergeben könnte, erste Maßnahmen für die Konzepte ergreifen zu müssen. Dafür braucht es entsprechende Haushaltsmittel. Der Stadtverordnete Rabold hält den Verkehrsentwicklungsplan für eine wichtige Sache. Allerdings sieht er

nicht die Notwendigkeit die Mittel zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen. Der Stadtverordnete Ließmann möchte darauf aufmerksam machen, dass ein solcher Verkehrsentwicklungsplan langfristig Geld sparen wird.

Abstimmung: bei 4 Ja Stimmen (SPD, FDP und eine Stimme GRÜNE), 6 Nein Stimmen (CDU und BBB) und einer Enthaltung (GRÜNE) zur Ablehnung empfohlen

TOP 11.	DS-16/2021	Antrag SPD-Fraktion: Finanzielle Ausstattung des Ausländerbeirats
------------	------------	--

Der Stadtverordnete Ließmann spricht im Sinne der Vorlage.

Die Bürgermeisterin findet es als sinnvoll hier für den Ausländerbeirat ein eigenes Budget zu geben. Es dient auch als Wertschätzung. Der Stadtverordnete Ringel wirbt um Zustimmung für den Antrag. Der Stadtverordnete Rabold hält es für ausreichend, die benötigten Mittel für den Ausländerbeirat aus den bisher veranschlagten Geldern des Budgets „Betreuung städtischer Gremien“ zu nehmen. Sollte die Arbeit des Ausländerbeirats aufgenommen werden und ein Konzept den Stadtverordneten vorgestellt werden, dann kann zum gegebenen Zeitpunkt auch über eine Ansatzserhöhung diskutiert werden. Der Stadtverordnete Ringel macht darauf aufmerksam, dass nach Aussage der Bürgermeisterin eben keine Mittel bisher eingestellt wurden. Es erfolgte eine kontroverse Diskussion unter den Stadtverordneten.

Die erforderlichen Finanzmittel werden unter dem Produkt Betreuung städtischer Gremien unter Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt.

Abstimmung: bei 9 Ja Stimmen (CDU, SPD, FDP, GRÜNE) und 2 Nein Stimmen (BBB) zur Annahme empfohlen.

TOP 12.	DS-17/2021	Antrag SPD-Fraktion: Schaffung einer Vollzeitstelle im städtischen Bauamt
------------	------------	--

Der Stadtverordnete Ließmann spricht im Sinne der Vorlage und möchte eine weitere Stelle für Bauungspläne, um insbesondere den bezahlbaren Wohnungsbau voranzubringen.

Die Bürgermeisterin teilt mit, dass in diesem Bereich nicht unbedingt eine neue Stelle benötigt wird. Wegen der Haushaltslage sollte keine Neuschaffung der Stelle (nicht wegen Wohnbebauung) erfolgen.

Der Stadtverordnete Ringel erwähnt, dass diese Arbeiten an Planungsbüros vergeben werden und von daher eine neue Stelle nicht notwendig macht. Der Stadtverordnete Rabold sieht ebenfalls keine Gründe dafür, hier eine neue Stelle zu schaffen.

Abstimmung: bei 2 Ja Stimmen (SPD) und 9 Nein Stimmen (CDU, FDP, BBB, GRÜNE) zur Ablehnung empfohlen

TOP 13.	DS-194/2020	Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2021 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel
------------	-------------	--

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass es einen 2. Wirtschaftsplan geben wird. Hier wird sich das Defizit um weitere 220.000 € erhöhen. Die Mindereinnahmen ergeben sich auf Grund der Coronapandemie. Der Zuschuss an die Wirtschaftlichen Betriebe wird mit der Ergänzung zum TOP 15 „Änderung zum Haushaltsentwurf 2021“ um 220.000 € erhöht. Diese ist deshalb noch nicht im TOP 15 eingearbeitet, da der Entwurf des 2. Wirtschaftsplanes erst nach der Änderungsvorlage vorgelegen hat.

Die Stadtverordneten führen eine rege Diskussion über die Vorgehensweise.

Der Stadtverordnete Ließmann teilt mit, dass ein 2. Wirtschaftsplan durch die Kommission erst beraten werden muss. Da dies zeitlich nicht machbar ist, sollte der 1. Wirtschaftsplan erstmal beschlossen werden. Er bekundet, dass er es gut findet, dass wenn sich Änderungen ergeben, diese heute schon mitgeteilt werden. Die Stadtverordnete Lauterbach findet die Vorgehensweise auch korrekt, heute schon die korrekten Zahlen zu nennen und die Änderung der Vorlage sollte zur Stadtverordnetenversammlung vorliegen. Der Stadtverordnete Blum findet ebenfalls die Vorgehensweise korrekt und der Fokus der Betriebskommission muss jetzt darin liegen, dass neue Defizit zu senken. Die Stadtverordnete Zorbach fragt, ob der Haushaltsansatz um diesen erhöhten Fehlbedarf geändert wird. Die Bürgermeisterin erwähnt nochmals, dass die Erhöhung des Zuschusses bei TOP 15 noch eingebracht wird. Die Änderungen für die Korrektur des Wirtschaftsplanes kann nicht in der nächsten Stadtverordnetenversammlung vorliegen, da auch erst die Betriebskommission einbezogen werden muss. Es folgt noch ein 2. Wirtschaftsplan, aber dafür muss der 1. Wirtschaftsplan erstmal beschlossen werden. Die Erhöhung des Verlustes wird aber jetzt schon in der „Änderung der Verwaltung“ eingeplant, welches sich dann im 2. Wirtschaftsplan wiederfindet, da der Entwurf der Verwaltung heute vorgelegt wurde.

Abstimmung: einstimmig zur Annahme empfohlen

TOP 14.	DS-172/2020	Wirtschaftsplan 2021 der Sozialen Dienste
---------	-------------	---

Abstimmung: einstimmig zur Annahme empfohlen

Im allgemeinen Einvernehmen ruft der Vorsitzende die Tagesordnungspunkte 15 - 20 gemeinsam auf.

TOP 15.	DS-5/2021	Änderungen zum Haushaltsentwurf 2021
TOP 16.	DS-243/2020	Stellenplan der Verwaltung für 2021
TOP 17.	DS-244/2020	Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2020 bis
TOP 18.	DS-245/2020	Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2020 bis 2024
TOP 19.	DS-246/2020	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2021 bis 2024
TOP 20.	DS-247/2020	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021

Die Bürgermeisterin spricht für die Änderung der Verwaltung und erläutert einzelne Punkte sowie die Ergänzung aus TOP 13. In einer Präsentation stellt Herr Brede die Veränderungen im Ergebnis- und Finanzplan sowie in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, zum Entwurf dar. In dieser Präsentation sind noch nicht die neusten Zahlen des Wirtschaftsplans der Wirtschaftlichen Betriebe (TOP 13) mit einem weiteren Minus von 220.000 € enthalten. Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Die Bürgermeisterin teilt mit, dass die Änderungen zum Haushaltsentwurf 2021 (DS-5/2021) um das Produkt 08424020.71250002 im Ergebnisplan und im Produkt 08424020.83431500 im Finanzplan mit einem zusätzlichen Bedarf von 220.000 € ergänzt wird.

Abstimmung: bei 9 Ja Stimmen (CDU, SPD, FDP und GRÜNE) und 2 Nein Stimmen (BBB) mit der obengenannten Änderung zur Annahme empfohlen

Thomas Sliwka
Ausschussvorsitzender

Jens Brede
Schriftführer

ENTWURF

HAUSHALTSPLAN

2021

(nach Änderung der Verwaltung)

Ergebnishaushalt Entwurf 2021

(Beträge sind teilweise gerundet)

Die Haushaltssatzung stellt sich im Entwurf 2021 wie folgt dar:
(nach Änderung der Verwaltung)

Erträge	47.597.259 €	(47,37 € Mio. Entwurf)
Aufwendungen	49.279.652 €	(49,34 € Mio. Entwurf)
a.o. Erträge	604.168 €	(0,50 € Mio. Entwurf)
a.o. Aufwendungen	565.879 €	(keine Veränderung)
Fehlbedarf 2021	-1.644.104 €	(-2,0 € Mio. Entwurf)

Finanzhaushalt Entwurf 2021

(Beträge sind teilweise gerundet)

Erläuterung Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit zum Entwurf (nach Änderung der Verwaltung)

Geplantes Jahresergebnis:	-1.644.104 € (-2,0 Mio. € Entwurf)
Abschreibungen/Zuschreibungen:	3.392.665 € (keine Veränderung)
Erträge aus Sonderposten:	-1.226.953 € (keine Veränderung)
Zunahme/Abnahme von Rückstellungen:	-710.912 € (-1,1 Mio. € Entwurf)
Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge:	82.607 € (keine Veränderung)
Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-106.697 € (-0,8 Mio. € Entwurf)

Anpassung der Rückstellung durch die Senkung der Kreisumlage

Finanzhaushalt Entwurf 2021

(Beträge sind teilweise gerundet)
(nach Änderung der Verwaltung)

Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-106.697 €	(-0,8 Mio. € Entwurf)
Einzahlung Investitionstätigkeit	1.737.134 €	(1,4 Mio. € Entwurf)
Auszahlungen Investitionen	21.632.190 €	(21,3 Mio. € Entwurf)
Kredite	19.975.248 €	(19,9 Mio. € Entwurf)
Auszahlungen Tilgung	3.574.194 €	(3,5 Mio. € Entwurf)
Zahlungsmittelfehlbedarf	-3.600.699 €	(-4,3 Mio. € Entwurf)
Kassenkredite	10.000.000 €	(keine Veränderung)
Verpflichtungsermächtigungen	4.840.000 €	(keine Veränderung)

Schlüsselzuweisungen in €

Entwurf:

2021	2022	2023	2024
10.051.638	10.538.229	10.015.175	9.457.773

Änderung der Verwaltung:

10.497.403	10.555.527	12.229.819	13.038.943
------------	------------	------------	------------

Grundbetragszahlen (Prognose):

1.467	1.446	1.571	1.650
-------	-------	-------	-------

(Stabilisierung des KfA durch Sondervermögen Hessens gute Zukunft sichern)

(Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung)
(nach Änderung der Verwaltung)

ordentliches Jahresergebnis 2021	-1.682.393 €	(-1,96 Mio. € im Entwurf)
ordentliches Jahresergebnis 2022	-1.292.370 €	(-1.69 Mio. € im Entwurf)
ordentliches Jahresergebnis 2023	-371.303 €	(-1.99 Mio. € im Entwurf)
ordentliches Jahresergebnis 2024	286.985 €	(-2.11 Mio. € im Entwurf)

Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln 2021:	-3,6 Mio. €	(-4,30 Mio. € im Entwurf)
Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln 2022:	-2,3 Mio. €	(-2.67 Mio. € im Entwurf)
Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln 2023:	-0,6 Mio. €	(-2,21 Mio. € im Entwurf)
Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln 2024:	-0,4 Mio. €	(-2,74 Mio. € im Entwurf)

Verfügbare Liquidität 2021 Entwurf: 2.379.995,79 €

Verfügbare Liquidität 2021 nach Änderung der Verwaltung: 2.712.465,92 €

Dies würde den geplanten Endbestand an Zahlungsmitteln einmalig im Jahr 2021 auf

-888.233 € senken.

Die Liquiditätsreserve von 830.742,37 € kann somit nicht gebildet werden.